



Positionspapier der FDP-Fraktion  
im Bayerischen Landtag:

„Bayern braucht kein Konjunkturpakt, sondern langfristige  
Wachstumsimpulse“

Stand: 4. Mai 2020

## Prolog

### **Bayerns Wachstumspotentiale vollständig freisetzen**

Bayern muss aus der Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft und der Gesellschaft neue Kraft für die kommenden Herausforderungen ziehen. Bayern braucht eine gemeinsame Kraftanstrengung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, damit der Freistaat gestärkt aus der Krise hervorgeht. Bayern muss jetzt eine positive Vision für die Zukunft entwickeln.

Dabei gibt es mit Blick auf die auch in den nächsten Monaten schwankende Zahl von Neuinfektionen eine erhöhte Unsicherheit. Investitionsvorhaben sind dadurch mit einem zusätzlichen Risiko verbunden. Umso wichtiger wird es sein, deutschlandweit eine Kultur zu etablieren, die den Mutigen belohnt und den Gescheiterten motiviert, es nochmal zu versuchen.

Aus Sicht der FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag müssen nun alle Wachstumspotentiale des Freistaats aktiviert werden. Dabei geht es nicht darum, mit Konjunkturpaketen kurze Strohfeuer zu entfachen. Die Staatsregierung muss nun langfristige Wachstumsimpulse setzen.

## Der 14-Punkte-Plan der FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag

### Steuer- und haushaltspolitische Maßnahmen

#### Mittelstand durch große Steuerreform entlasten

1965 musste man noch etwa das 15-fache des Durchschnittslohns verdienen, um den Spitzensteuersatz zu zahlen. Inzwischen reicht das 1,5-fache und der Spitzensteuersatz von 42 Prozent trifft mittlerweile 3,5 Millionen Menschen, von denen 1,7 Millionen zwischen 5.000-7.000 Euro brutto verdienen. Das trifft somit nicht nur die Topverdiener, sondern auch schon Facharbeiter und vergleichbare Berufsgruppen. Eine Senkung der Einkommensteuer im unteren und mittleren Bereich ist daher dringend nötig, um den Mittelstand und die Mittelschicht zu entlasten.

#### Solidaritätszuschlag zum 01. Juli 2020 vollständig abschaffen und weitere Steuersenkungen durchführen

Eine Herabsetzung der Einkommen-, der Körperschaftssteuer auf ein international konkurrenzfähiges Niveau ist unbedingt erforderlich. Dies wird für die Unternehmen erhebliche Entlastungen bedeuten und starke Anreize für Investitionen schaffen. Dazu gehört auch die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags zum 01. Juli 2020. Dies würde Personengesellschaften spürbar entlasten und auch das verfügbare Einkommen der meisten Bürger merklich erhöhen. Damit erreicht der Freistaat wieder schneller den Wachstumspfad.



## **Negative Einkommen- und Körperschaftsteuer einführen**

Zur Liquiditäts- und Solvenzsicherung der Unternehmen soll eine negative Einkommen- und Körperschaftssteuer eingeführt werden, die die Wirkung einer nachträglichen Steuer-senkung hätte. Als Bemessungsgrundlage für die Auszahlung durch die Finanzämter ist der letzte Steuerbescheid zu verwenden. Insbesondere zur Deckung der Fixkosten – wie Miete, Versicherungen und Gehälter – kann die negative Einkommen- und Körperschaftsteuer für Unternehmen eine erhebliche Entlastung bedeuten.

## **Investive Ausgaben erhöhen und konsumtive Kosten senken**

Zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist eine Reduzierung der konsumtiven Ausgaben erforderlich. Wahlgewinne der Staatsregierung aus dem letzten Landtagswahlkampf müssen rückgängig gemacht und in investive Maßnahmen wie etwa den Ausbau und die Sanierung der Infrastruktur oder auch den Klimaschutz umgewandelt werden. Besonders aber müssen private Investitionen gefördert werden, denn sie tragen mit 90 Prozent den größten Teil zu den Gesamtinvestitionen bei.

## **Mehrwertsteuer für Gaststätten und Kneipen senken**

Unter dem Lockdown haben besonders Gaststätten und Kneipen zu leiden. Sie haben über Wochen keine Einkünfte erzielt und müssen gleichzeitig ihre Fixkosten begleichen. Gast- und Dorfwirtschaften gehören in Bayern zum Kulturgut, sie dürfen nicht aussterben. Deshalb begrüßen wir eine entsprechende Senkung der Mehrwertsteuer auf sieben Prozent, jedenfalls solange, bis eine grundlegende Reform der Umsatzsteuer zur Beseitigung der Besteuerungsunterschiede erfolgt.

### **Steuerfreie Rücklage für Krisenzeiten ermöglichen**

Um sich bei künftigen Krisen aus eigener Kraft absichern zu können, sollte den Unternehmen die Möglichkeit gegeben werden, eine steuerfreie Rücklage zu bilden. Als Bezugsgröße bietet sich das Rohergebnis an. Maximal soll diese Rücklage ein Viertel des jährlichen Rohergebnisses betragen und innerhalb von fünf Jahren sukzessive aufgebaut werden können.

### **Energie darf kein Luxusgut sein**

Sowohl die Verbraucher als auch die Unternehmen werden seit Jahren durch staatliche Energiepreisbestandteile wie Steuern, Abgaben und Umlagen belastet. Zusammen mit Dänemark zahlt Deutschland europaweit die höchsten Strompreise, was besonders unsere Unternehmen im internationalen Wettbewerb enorm unter Druck setzt. Daher fordern wir zum einen die Abschaffung der EEG-Umlage, zum anderen muss die Stromsteuer auf das europarechtliche Mindestmaß gesenkt werden.

### **Schulden, Garantien und Beteiligungen konsequent zurückführen**

Maßnahmen zur Stützung unseres Gesundheitssystems, zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen des shut-downs sowie dadurch entgangener Steuereinnahmen haben in kurzer Zeit zu einer enormen Verschuldung des Freistaats geführt, die die künftige Generation noch lange stark belasten wird. Auch über Kredite, Garantien/Bürgschaften und Beteiligungen an ausgewählte Unternehmen wird Bayern erheblich in Vorleistung treten. Dies alles muss zu gegebener Zeit konsequent zurückgeführt werden. Auch der BayernFonds und die Finanzagentur sind nach Abwicklung der Corona-bedingten Maßnahmen aufzulösen. Die vorgelegten und verfassungsmäßig geforderten Tilgungspläne sind einzuhalten und Beteiligungen sind umgehend wieder aufzulösen. Auf europäischer Ebene wird die Vergemeinschaftung von hausgemachten Investitionsstaus durch Corona-/Euro-Bonds oder vergleichbare Maßnahmen der EZB strikt abgelehnt.



## Wirtschaftspolitische Maßnahmen

### **Mehr Tempo bei der Digitalisierung**

Durch die Corona-Krise hat Bayern einen Digitalisierungsschub erhalten und viele Ersatz-tätigkeiten wurden überhaupt erst durch Digitalisierung möglich. Diesen Schwung gilt es jetzt mitzunehmen. Der Glasfaser- und Mobilfunkausbau muss daher mit besonderem Hochdruck vorangetrieben werden, denn jeder Bürger hat das Recht auf schnelles Internet. Wir brauchen endlich eine Digitalpolitik aus einem Guss. Die tatsächliche Zusammenführung der Kompetenzen in einem Digitalministerium ist dringend umzusetzen.

Zudem haben die vergangenen Wochen offengelegt, welch hohen Nachholbedarf die bay-erische Verwaltung bei der Digitalisierung hat. Wir müssen schnellstmöglich in ganz Bayern moderne und digitale Verwaltungsstrukturen schaffen. Das beinhaltet sowohl die flächen-deckende Bereitstellung von e-Government Strukturen als auch eine Open Data-Strategie. Als Leitlinie gilt für uns: Der Bürger bzw. das Unternehmen muss als Kunde im Vordergrund stehen. Dazu gehört auch, dass endlich alle Formulare digital zur Verfügung gestellt wer-den und papierlose Anträge zum Standard werden. Schließlich muss die Verwaltung mit entsprechender Hardware ausgestattet werden, um ein flexibleres und mobiles Arbeiten zu ermöglichen.



## **Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen**

Eine moderne und gut ausgebaute Infrastruktur ist die Voraussetzung für funktionierende Wertschöpfungs- und Logistikketten. Engpässe und Sanierungsstaus in der Infrastruktur müssen beseitigt werden. Wir brauchen daher ein Planungs- und Genehmigungsbeschleunigungsgesetz 2.0. Denn die besten Pläne verlieren an Wirkung, wenn ihre Umsetzung aufgrund langwieriger Verfahren mehrere Jahre auf sich warten lässt. Diese Zeit haben wir nicht mehr. Es sind jetzt Digitalisierungsprozesse konsequent umzusetzen und die personelle Ausstattung von Planungs- und Genehmigungsbehörden sowie von Gerichten zu verbessern. Auch Stichtagsregelungen können hilfreich sein: Das heißt, Anträge gelten als genehmigt, sobald ein Bescheid nicht innerhalb einer bestimmten Frist vorliegt. Ferner ist der materielle Ausschluss von Rechtshandlungen wieder zu ermöglichen sowie die Mitwirkungspflicht von Umweltverbänden zu definieren.

## **Ladenöffnungszeiten liberalisieren**

Jeder Unternehmer muss selbst entscheiden können, wann er sein Geschäft öffnet und schließt. Entscheidender Faktor sollten dafür die Bedürfnisse der Kunden sein und nicht eine einschränkende Regelung. Die Ladenöffnungszeiten an Werktagen sind daher vollständig zu liberalisieren. Zudem soll jede Kommune die Möglichkeit erhalten, mindestens sechs verkaufsoffene Sonntage im Jahr festzulegen. So wird die Attraktivität der Innenstädte auch bei zunehmendem Online-Handel gesichert sein. In der Krise wurden neue digitale Ansätze auch beim Einzelhandel entwickelt; dies müssen wir aufnehmen und stärken, um die Wertschöpfung in der Region zu halten und konkurrenzfähig zu Internetgiganten zu sein.

## **Gründerboom auslösen und Marktmacht beschränken**

Wir Freie Demokraten sehen die Gründerkultur in Bayern als entscheidenden Bestandteil der wirtschaftlichen Entwicklung in den Regionen. Die Gründung eines Start-Ups muss im Freistaat innerhalb einer Woche mit einem einzigen digitalen Behördengang im Rahmen eines One-Stop-Shop möglich sein. Eigeninitiative, Kreativität und Flexibilität sind wichtige Faktoren für unternehmerischen Erfolg. Es gibt eine Vielzahl von Menschen, die diese Eigenschaften mitbringen und mit dem Gedanken spielen, sich selbstständig zu machen. Ihnen dürfen keine Steine in den Weg gelegt werden. Dazu gehört auch, dass Aufsichtsbehörden wie das Bundeskartellamt und die Monopolkommission im Nachgang der Krise ein besonderes Augenmerk auf Tendenzen zur Marktkonzentration legen müssen. Sie müssen dafür sorgen, dass alle Wettbewerber europaweit gleiche Voraussetzungen und faire Wettbewerbsbedingungen haben. Die FDP fordert deshalb die Einführung eines Gründer-Bafög und die Einrichtung eines Bayerischen Zukunftsfonds; auch muss Selbständigkeit und Unternehmertum im Schule und Ausbildung ein viel stärkeres Thema sein.

## **Arbeitsprozesse digitalisieren und Homeoffice ermöglichen**

Die Corona-Krise hat in vielen Branchen gezeigt, dass die Nutzung von Homeoffice unkompliziert, effizient und flexibel funktioniert, ohne große Leistungseinbußen hinnehmen zu müssen. Viele Termine, die vor Kurzem nur als Präsenzmeetings möglich erschienen, werden jetzt oftmals schneller und effektiver online durchgeführt. Die Digitalisierung von Arbeitsprozessen hat einen enormen Schub erhalten, den wir beibehalten und noch verstärken müssen. Voraussetzung dafür ist eine Beschleunigung des flächendeckenden Mobilfunk- und Breitbandausbaus. Ihnen muss nun höchste Priorität eingeräumt werden. Denn schnelles Internet darf nicht zum Luxusgut werden. Zudem sind die Regularien für die Nutzung von Homeoffice zu verschlanken und zu aktualisieren.





Eine Vertrauenskultur ist dafür unerlässlich, sie hat sich während der Krise schon neu entwickelt. Dazu gehört auch eine Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen, ohne die Rechte der Arbeitnehmer einzuschränken.

## **Europäischen Binnenmarkt und internationalen Handel stärken**

Die Abhängigkeit Deutschlands bei dringend notwendigen Gütern (z.B. Medikamente, Schutzmasken, Beatmungsgeräte) ist uns auf schmerzliche Weise vor Augen geführt worden. Daher ist eine Diversifizierung der Lieferketten dringend geboten. Dafür muss der Freistaat seine Abhängigkeit vom Weltmarkt bei systemrelevanten Produkten verringern, indem eine europäische Infrastruktur geschaffen wird. Gleichzeitig benötigen wir ein klares Bekenntnis zur Globalisierung, denn sie schafft zahlreiche positive Effekte für die Bürger und Unternehmen. Jede Form der Abschottung, Formen von Protektionismus oder De-Nationalisierung lehnen wir in jeglicher Hinsicht ab. Denn gerade der Wohlstand des Freistaats ist zu großen Teilen auf die Globalisierung zurückzuführen.